

Hier geht es um Ihr Geld!

Liebe Abersbergerinnen und Abersberger,

unsere Fraktion hat seit Amtsantritt umfangreiche Anträge gestellt und Vorschläge erarbeitet, auch im Rahmen der Rechnungsprüfung, die fast alle samt von der Bürgermeistermehrheit geblockt wurden. Meinem Stadtratkollegen Weber wurde beim Thema Straßenbeleuchtung sogar das Wort in einer undemokratischen Art und Weise entzogen, wie es seinesgleichen sucht. Fast alle Vorschläge versiegen oder werden zum Nachteil unserer Stadt umgesetzt.

Defizitäre Nahwärmeversorgung

In Wahlkampfzeiten wurde darauf gedrängt, das Nahwärmenetz in der Abensstraße durchzuboxen. Nach erst fünf Jahren stellt sich angeblich heraus, wie defizitär das Ganze von Anfang an war. Meine klare Bitte, hier Schadenersatz gegen Unbekannt zu prüfen, ist bis heute nicht abgearbeitet.

Fazit: hier konnten sich eine handvoll Leute gutes Geld auf Kosten der Allgemeinheit verdienen! Nun zahlt die Stadt das Defizit. Warum! Wir reden hier nicht nur von 50.000

Euro! Wir reden davon, dass rechtswidrige Verträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen wurden, deren Ansätze in Teilen fast 50 % zu niedrig berechnet waren. Von dem Versprechen (Abersberg Aktuell, CSU-Info schreiben 09/2010) „Es ist besonders wichtig kostendeckend zu arbeiten“ und dem der Bürgerinfo der Stadt: Dezember 2010: „Nahwärmenetz soll positive Überschüsse erwirtschaften“ bleibt nichts übrig. Im Gegenteil, die Stadtwerke selbst weisen in der Zeit von 2012 bis 2015 nach eigenen Angaben im Wärmebereich 301.052,32 Euro Verluste auf.

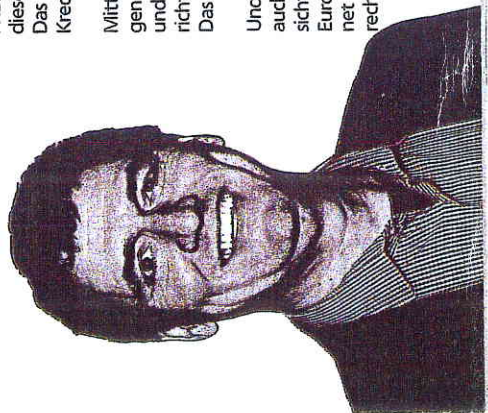
Abwasser Gebühren

Die Abwassergebühren wurden mit vielen Tricks, aufgehobenen und neu gefassten Beschlüssen und juristischer Raffinesse zum Nachteil der Bürger hin gedreht. Aus über zwei Millionen Euro, die den Bürgern über Jahre unberechtigt aus der Tasche gezogen wurden, wurden am Ende 500.000 Euro konstatiert. 2014 wurde auf Betreiben von Bürgermeister Brandl in der Sonder-sitzung vom 10.04.2014 dann sogar die Aufnahme von 1,8 Mio. Euro als Zuführung zur Sonderrücklage entgegen geltendem Recht (§ 20 KommHV) beschlossen.

Die Rechtsaufsichtsbeschwerde der FREIEN WÄHLER Abersberg gegen diese Kreditaufnahme hatte Erfolg. Das Landratsamt lehnte die geplante Kreditaufnahme ab.

Mittlerweile sind immer noch zwei Klagen beim VG Regensburg anhängig und ich kann nur hoffen, dass das Gericht hier bald klärend eingreift. Das Ende ist noch lange nicht in Sicht.

Und die Trickserien oder wie man das auch immer nennen mag, gehen offensichtlich weiter. Es wurden ca. 780.000 Euro weniger investiert als eingerechnet wurde um die Gebühren zu berechnen.



Kreisel in Offenstetten

Vom Bürgermeister wurde unsere Forderung nach einem Kreiselsel in Offenstetten als utopisch abgetan – es müsse mit Kosten von mind. 1 Mio. Euro gerechnet werden. Ähnliche Projekte wurden in anderen Gemeinden jedoch wesentlich günstiger gebaut. Letztes Jahr wurde der Kreiselsel Offenstetten in den Entwurf des Haushaltsplans vom 03.02.2015 mit 600.000 Euro aufgenommen, wobei nach Forderung nur 271.000 Euro auf die Stadt zugekommen wären. Im neuen Haushalt wurde der Kreiselsel wieder gestrichen, obwohl von der CSU bereits 2008 versprochen. Das wird sich der Wähler merken.

Versäumnisse bei Bauleistungsbeurteilung

Über viele Jahre wurde versäumt, Bauland in Abersberg zu bevorzugen. Der Wohnungsmangel in Abersberg ist hausgemacht und wird durch die Vorhaben der Stadtspitze weiter massiv verschärft. Grundstücke meistbietend zu veräußern trägt sicher nicht dazu bei, dass Bauland günstig wird. Die Stadt hat ihr nicht nach. Unser Antrag, vom 25.11.2015, von Investoren eine Sozialquote zu verlangen, die in anderen Kommunen üblich ist, wurde abgelehnt. Zwar wurden unsere Mahnungen letztendlich dann gehört und der Wohnungsbau wurde intensiviert. Aber nichts kann man in wenigen Jahren nicht: die Versäumnisse von Jahrzehnten aufholen und zweitens werden offensichtlich Gewinne privatisiert und Verlustgeschäfte vergesellschaftet.

Wir brauchen dringend Wohnraum für Familien mit „einfachem Einkommen“. Hier ist trotz vielfacher Warnungen durch uns und andere Fraktionen Fehlzanzeige.

Straßenbaubeiträge

Während des Wahlkampfes 2014 wurde seitens der CSU hauptsächlich die FREIEN WÄHLER Abersberg würden die Unwahrheit verbreiten, wenn sie sagen, dass die Straßenbaubeitragsatzung schon so gut wie beschlossen sei und sozusagen in den Schubladen liegt, während wir uns dafür eingesetzt haben, dass diese NICHT eingeführt wird. Sie selbst was davon zu halten ist. Es gibt einen einstimmigen Beschluss des Finanzausschusses vom 05.11.2013 der – wieder einmal – unsere Version bestätigt. Gleichzeitig wird versucht, UNS nun in die Schuhe zu schieben, dass die Straßenbaubeitragsatzung käme, wenn sich die Stadt weiter verschulden würde. Und es ist auch eine Lüge, wenn behauptet wird, wir würden nur Fragen stellen und keine Anträge.

Die FREIEN WÄHLER haben beispielsweise in der Sitzung des Stadtrats vom 25.09.2014 den Antrag gestellt, den vorhandenen Beschluss vom 05.11.2013 zurück zu nehmen und durch eine ordentliche Finanzpolitik dafür zu sorgen, dass eine Straßenbaubeitragsatzung nicht eingeführt wird.

Dieser Antrag wurde von der CSU und ihren Anhängern abgelehnt. Gleichzeitig soll das Rathaus ohne Zuschuss gebaut werden – noch Fragen?

Abschuss

Die Fraktion der Freien Wähler lehnt die geplante Gettoisierung ab. Hätten wir nicht eine so engagierte Bürgerschaft, die unsere Stadt ja auch so liebenswert macht, wäre das Thema sicher problematischer. Nur durch das hervorragende Bürger-Engagement kann die Situation so gut gemeistert werden. Heute sind 229 Flüchtlinge in Abersberg und 150 sollen dazu kommen – man wird sehen.

Bei der Asylunterkunft beim Klänwerk gilt und gilt die Devise: Gewinne für die Privaten. Die Verwaltung sei nicht fähig, dieses Projekt umzusetzen, so Dr. Brandl – eine Ungeheuerlichkeit der Stadtspitze gegen die eigene Verwaltung.

Ohne Vorankündigung wurde der Stadtrat vor vollendete Tatsachen gestellt, da war noch von 200 Flüchtlingen die Rede. Auf unseren berechtigten Protest hin sind es jetzt nur noch



TZ 3 Straßenausbaubeitragsatzung

In TZ 3 weißt der BKPV wiederum darauf hin, dass eine Straßenausbaubeitragsatzung zu erlassen ist. Zur Begründung wird auf den Auszug des Prüfungsbereichs hingewiesen, der dem Ausschuss vorliegt.

Die Straßenausbaubeitragsatzung wurde von der Stadt Abersberg im Jahre 1976 erlassen und im Jahre 1984 wieder aufgehoben. In der Zwischenzeit wurde die behandelnde Satzung in den jeweiligen Prüfungsbereichen des BKPV jeweils angepasst und vom FA oder Stadtrat nicht beschlossen.

Zuletzt lehnte das Erlaß der Satzung der FA mit Beschlüssen vom 18.10.2005 ab. Die Abänderungen waren nach vom Landratsamt abgelehnt.

Bereits in der letzten FA-Sitzung war sich der FA grundsätzlich einig, dass schon allein aus rechtlichen Gesichtspunkten eine Straßenausbaubeitragsatzung eingeführt werden muss.

Der Ausschuss war sich darüber einig, dass eine ausführliche Beratung über das „Für und Wider“ dem neu gewählten Stadtrat zur endgültigen Beschlussfassung überlassen werden soll.

Nr.	Abst.		Entsch.		Beschlossen:
	Ja	Nein	Beig.	0	
47	8	0	0	0	Die Stadt Abersberg erlässt eine Straßenausbaubeitragsatzung. Eine empfehlende Befassung soll bis Ende April 2014 erfolgen. Über die abschließende Einführung soll sich der neu gewählte FA und Stadtrat bis Ende des dritten Quartals 2014 befassen.

SIR Weber stellt einen Antrag auf Änderung des Beschlusses, der wie folgt lautet und über den Bgm. Dr. Brandl Abstimmung lässt.

Nr.	Abst.		Entsch.		Beschlossen:
	Ja	Nein	Beig.	0	
90	23	10	13	0	Der Beschluss des Finanzausschusses der Stadt Abersberg vom 05.11.2013, eine Straßenausbaubeitragsatzung zu erlassen, wird aufgehoben. Auf die Einführung einer Straßenausbaubeitragsatzung wird verzichtet. Der Erste Bürgermeister und die Verwaltung der Stadt Abersberg inkl. Stadtwerke werden angehalten, den Haushalt so zu planen und vorzulegen, dass die Vorgaben des LRA Kelheim zur Verminderung der Einführung der Straßenausbaubeitragsatzung (Schreiben v. 04.06.14) eingehalten werden.

ten ein nachhaltiges win-win Konzept gebraucht, für Gäste die um ihr Leben bangen mussten UND für Einheimisch die dringend bezahlbaren Wohnraum benötigen. Die Stadt hätte hier selbst mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Wir bleiben weiter dran und werde im Interesse unserer Stadt konstruktiv kritisch die politischen Geschehnisse begleiten. Auch dann, wenn rhetorisch begabte Politiker versuchen, ihre politischen Gegner einzuschüchtern. Wir kennen das aus der Benzin-Diesel-Affäre, in der die FDP zum Schweigen verpflichtet wurde.

Ihr Harald Hillebrand
Fraktionsvorsitzender
FREIE WÄHLER Abersberg
harald.hillebrand@fw-abensberg.c